

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Herausgeber
General Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamtsamts Riesa bestellbarerweise bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1500.
Druckerei:
Riesa Nr. 22.

Nr. 26.

Dienstag, 31. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Kuponen für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundbesitz für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilligter Rabatt ertücht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieserantens oder der Verlegeranstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Gedruckt bei Westphal & Co. Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Stresemanns Rede über die Außenpolitik.

Räumt das Rheinland! — Bekenntnis zur Locarno-Politik.

vds. Berlin, den 30. Januar 1928.

Am Regierungsdienstag Reichskanzler Dr. Stresemann, Außenminister Dr. Stresemann, Präsident Lohde eröffnete die Sitzung um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushaltsplans für das auswärtige Amt.

Hg. Dr. Goebbels berichtet über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses. In einer Entschließung schlägt der Ausschuss vor, die Vereinigte Presseabteilung von dem Reichsparlament durchzuführen zu lassen. Ferner wird die Reichsregierung ersucht, bei den Ländern dahin zu wirken, daß die im Ausland tätigen deutschen Hochschulkräfte bei ihrer Rückkehr eine angemessene Versorgung finden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

Er stimmt dann das Wort zu längeren Ausführungen über die aktuellen außenpolitischen Fragen. Die Hauptfrage sei gegenwärtig die Denkschrift, die die Reichsregierung dem zur Zeit in Frage stehenden Sicherheitskomitee des Völkerbundes vorgelegt hat. Auf Grund der im September vom Völkerbund gefassten Entschließung müsse man erwarten, daß es auf der Märztagung der Abrüstungskommission gelinge, die technischen Vorarbeiten zum Abschluß zu bringen, um damit die Einberufung der ersten Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Deutschland habe in Genf seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zu erkennen gegeben. Die Denkschrift der Reichsregierung erbringe den Beweis, daß es für mit dieser Zustimmung ernst ist. Immer wieder müsse man aber betonen, daß kein Staat mehr oder auch nur ebensoviel zur Lösung der Sicherheitsfrage beigetragen hat wie Deutschland. (Zustimmung.)

Der Minister weist darauf hin, daß Deutschland ein ständiges Mitglied des Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages geschlossen habe. Eine reale Garantie für die Beilegung des Krieges könne nur dadurch geschaffen werden, daß für alle Differenzen ein Verfahren wirklichen Ausgleichs gefunden wird. Unmöglich sei es, die Sicherheit einzelner Staaten auf Kosten anderer Staaten zu begründen.

Der Redner betont, daß die deutsche Denkschrift nichts anderes zum Ausdruck bringe als den Grundgedanken von Locarno, vom Reichsaußenministerium seien die diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Es sei zu begrüßen, daß die Vereinigten Staaten damit ihr aktives Interesse an dem Gebiete der Friedenssicherung gezeigt hätten.

Der Minister kam dann auf die Außenhandelspolitik des Reiches zu sprechen. Die Außenhandelspolitik habe nach der Beilegung der einseitigen Restriktionen eine für Deutschland befriedigende Entwicklung genommen. Von besonderer Bedeutung sei der Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich, Japan und Jugoslawien. Der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag ist der erste, den Deutschland überhaupt jemals mit Frankreich abgeschlossen hat. Daraus ergaben sich besondere Schwierigkeiten. Die Tatsache, daß die Weltwirtschaftskonferenz Richtlinien für eine freiere Gestaltung des internationalen Handels aufgestellt und den Regierungen empfohlen hat, hat unverkennbar dazu beigetragen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Auch aus allgemeinen politischen Gründen sei es besonders zu begrüßen, daß durch den Abschluß dieses Handelsvertrages ein wichtiges Gebiet der deutsch-französischen Anbahnbeziehungen bereinigt worden und aus der deutsch-französischen Disposition ausgeschieden ist. Eine Verständigung über die anderen zwischen diesen beiden Ländern noch schwebenden Fragen sei dadurch sicherlich erleichtert worden.

Der Redner betonte, daß sich an die Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu dem Osten herangegangen werden müsse. Es werde dabei die Aufgabe der Reichsregierung sein, unsere Landwirtschaft besonders zu berücksichtigen. Wir ständen gegenwärtig in Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Polen, Litauen und Griechenland. Die letzten händen unmittelbar vor dem Abschluß. Neue Verhandlungen ständen bevor mit Österreich und Ungarn. Mit Vertriebung sei festzustellen, daß die Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien eine abschließende Regelung gefunden hätten. Es sei zu hoffen, daß auch die rumänische Regierung sich dazu verstehen werde, die Handelsbeziehungen zu Deutschland vertraglich zu regeln. Mit Rußland händen wir vor neuen Besprechungen. Es liege auf der Hand, daß bei diesem ersten Versuch eines Ausgleichs zwischen zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen eine endgültige Lösung nicht sofort erreicht werden konnte. Die bevorstehenden Besprechungen hätten das Ziel, die Lücken und Mängel, die sich bei der Handhabung des deutsch-russischen Handelsvertrages in der Zwischenzeit ergeben hätten, zu beseitigen. Deutschland habe klar und zielbewußt an dem internationalen Werk eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Gegensätze mitgearbeitet. Die deutsche Regierung stehe darin einen Teil ihrer Friedenspolitik. Je mehr die wirtschaftlichen Gegensätze und Spannungen verschwinden, umso mehr wird diese Friedenspolitik erfolgreich sein. Wir werden diese Politik auch weiterhin verfolgen und sind daher auch weiter aktiv an den Arbeiten teilzunehmen, die der Völkerbund auf wirtschaftlichem Gebiet im Antritt genommen hat. Deutschland hat als erstes Land das inter-

nationale Abkommen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote unterzeichnet.

Der Redner begrüßt es, daß der Völkerbund seine Initiativen neuerdings besonders den wirtschaftlichen Weltproblemen zuwendet. Hier sei ein weites und dankbares Feld für die Verwirklichung seiner Ideale des Friedens, der Völkerverständigung und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit. (Beifall.)

Der Minister bespricht dann die deutsch-polnischen Beziehungen und hebt hervor, daß die Besprechungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten eine weitgehende Übereinstimmung gebracht hätten. Der Minister verweist auf den Abschluß des Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages mit Litauen. Außerdem sei eine Reihe kleinerer Verträge geschlossen worden. Auch in der Remelstraße sei ein Einverständnis erzielt. Insbesondere sei in Fragen der Niederlassung, des Aufenthalts und der Ausweisungen vorläufig eine befriedigende Lösung gefunden worden.

Der Minister geht dann zu den deutsch-polnischen Beziehungen über und erklärt, die Verrohung und das Mißtrauen einiger polnischer Zeitungen gegen die in Berlin gepflogenen Verhandlungen sei nicht berechtigt. Deutschland habe alles getan, um auf die Beilegung der Spannungen zwischen Deutschland und Polen hinzuwirken.

Die bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen bereits getroffenen Vereinbarungen hätten die einmütige Billigung des Kabinetts. Der Minister betont, er müsse es zurückweisen, wenn vom pommerischen Landbund gefordert werde, daß die Hemmnisse gegen den Export der Landwirtschaft vom Auswärtigen Amt ausgehen. Es sei außerordentlich bedauerlich, wenn der Landbund weiter in einer Entschlossenheit sage, er werde nicht dulden, daß überhaupt ein Handelsvertrag mit Polen zustande kommt. Ein Handelsvertrag sei nicht ein Geschenk, das ein Staat dem anderen gibt. Die deutsche Wirtschaft habe ein starkes Interesse daran, den polnischen Markt nicht durch einen dauernden Zollkrieg zu verlieren. Ein solches Interesse bestehe in Polen. Der Minister stellt fest, daß einmütig von allen in der Regierung vertretenen Parteien zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen durchaus positiv eingestellt war.

Der Minister fragt, in welcher Situation der deutsche Vertreter in Warschau kommen müsse, wenn die Verhandlungen ein derartiges Echo in Deutschland fänden.

Weiter kommt der Minister auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen. Nach dem Abschluß des Handelsvertrages handele es sich darum, auf dem Gebiete der Politik eine gleiche Verständigung zu finden. Ein Hemmnis sei die Fortdauer der Besetzung. Der Reichspräsident habe in seiner Neujahrsvorrede das allgemeine Empfinden des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht, als er die Räumung forderte. Wenn die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland trotz der Fortdauer der Rheinlandbesetzung keine direkte Störung erfahren habe, so genüge das für den guten Willen des deutschen Volkes. Darüber müsse man sich auch in Frankreich klar sein. (Lebhafte Zustimmung.) Es sei richtig, daß die Rheinlandbesetzung in Locarno nicht ausgesprochen wurde. Es sei daher auch nicht richtig, daß die Locarnomächte Deutschland ihr Wort gebrochen hätten. Locarno, so erklärt der Redner, sollte aber nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Politik sein. Nichts kann die Sicherheit Frankreichs fester garantieren, als der Locarno-Vertrag. Der noch mehr Sicherheit will, steht Zweifel in den geschlossenen Verträgen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir nicht das Vertrauen haben, daß solche Verträge gehalten werden, dann hat es gar keinen Zweck, sie zu schließen.

Der Minister erklärte, wenn irgendein Wort an der Lösung der Sicherheitsfrage interessiert sei, so sei es das deutsche. Es müsse endlich einmal darauf hingewiesen werden, daß in dem Ruf nach Sicherheit gegen Deutschland ein Stück Heuchelei liege, das nicht länger von der Öffentlichkeit getragen werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Reichsregierung und Kanonen händen noch heute im Rheinland gegenüber einer Macht, mit der man friedliche Verträge abgeschlossen habe. Er denke bei der Forderung der Räumung des Rheinlands nicht daran, daß das Rheinland die Schwierigkeiten der Besetzung nicht länger tragen wolle. Wir wissen, so betont der Minister, daß es nie wieder bis zum Ende tragen wird, als ihre Befreiung mit der Freigabe weiterer Rechte Deutschlands erlangen zu wollen. Wir fordern die Räumung des Rheinlandes als eine unabwendbare Folge der abgeschlossenen Verträge. Vor wenigen Wochen hat erst England Wallraf die Frage aufgeworfen, ob nicht Frankreich und Deutschland sich verständigen können, um dadurch die Friedenssicherheit nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern für ganz Europa zu geben.

Wir können, so schloß der Minister, nicht die Auffassung aufkommen lassen, daß Deutschland die vorzeitige Räumung des Rheinlandes mit Maßnahmen erkaufen will, die nicht dem Frieden dienen, sondern eine wirksame Förderung der Kriegspolitik bedeuten würden. (Lebh. Beifall.)

Der Redner der größten Oppositionspartei, Hg. Dr. Breitscheid erklärte sich für die Sozialdemokratie mit der Außenpolitik des Ministers durchaus einverstanden. Sie sei die mit dem internationalen Völkerverständigungspolitik, die früher von denselben Deutschnationalen bekämpft worden sei. Die Kritik des Redners beschränkte sich auf technische Einzelheiten des Etats und auf die Exklusivität, die

er der Personalpolitik des Amtes vorwarf. Die öffentliche Aufhebung der Rheinlandbesetzung bezeichnete der Redner in Übereinstimmung mit dem Außenminister als einen deutschen Anspruch.

Der deutsch-nationale Abg. v. Freytag-Loringhoven betonte, daß die Deutschnationalen nicht für den Locarnovertrag und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verantwortlich gemacht werden dürften. Ihre pessimistische Beurteilung dieser Verständigungspolitik sei durch die Entwicklung gerechtfertigt worden. Die nun einmal feststehenden völkerrechtlichen Tatsachen aber müßten auch von den früheren Gegnern respektiert werden und so wollten die Deutschnationalen auch im Rahmen des Völkerbundes eine für Deutschland erfolgreiche Politik treiben. Den Weg dazu sah der Redner in einer härteren Betonung des Rechtsgedankens unter engerer Anlehnung an Italien.

Hg. Dr. Dredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung empfahl eine Abkehr von allen Illusionen, die sich an Locarno und den Völkerbund knüpfen. Deutschland müsse an seiner wirtschaftlichen Erhaltung arbeiten, dann werde es auch in der Welt den ihm gebührenden Platz einnehmen.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag 15 Uhr vertagt. In der heutigen Sitzung wurden noch die am Sonnabend zurückgestellten Abstimmungen vorgenommen, die die Annahme des Justizetat nach den Vorschlägen des Ausschusses ergaben.

Angenommen wurde auch das Internationale Seehäfenstatut. Die außenpolitische Aussprache wird unterbrochen durch die am Sonnabend zurückgestellten

Abstimmungen zum Justiz-Etat.

Die Anträge und Entschließungen der Oppositionsparteien werden abgelehnt, die demokratische Entschließung auf Übernahme der Justizhoheit der Länder durch das Reich im Gesamtwertung mit 172 gegen 134 Stimmen. Für diese Entschließung hat auch ein Teil der Deutschen Volkspartei gestimmt. Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Ohne Aussprache wird das Übereinkommen mit Estland in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Um 18 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der außenpolitischen Debatte auf Dienstag, 15 Uhr, vertagt.

Reparationslieferungen im Dezember 1927.

vds. Berlin. Für Frankreich sind im Monat Dezember v. J. 238 Verträge im Gesamtwert von 27,8 Millionen RM. Sachlieferungen auf Reparationskonto — außer Rohle und Farbstoffen — genehmigt worden. Damit erhöht sich der Gesamtwert der seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes genehmigten Sachlieferungsverträge auf 788,1 Millionen RM. Nach Warengruppen geordnet betreffen die im Dezember genehmigten Verträge folgendes: 10 Verträge Papier über 16,1 Millionen RM.; 1 Vertrag eine Visagenabgabe über 3,7 Millionen; 11 Verträge Stickstoff und Stickstoff-Fabrikate über 2,7; 31 Verträge Textil- und Papiermaschinen über 1,1; 27 Verträge Fertige und Halbfabrikate der Metallindustrie über 1,1; 46 Verträge Wertzeugmaschinen, Fabrikeinrichtungen etc. über 0,9; 1 Vertrag Herstellung einer Frostkammer über 0,7; 10 Verträge Vieh über 0,4; 13 Verträge Rohle über 0,3; 3 Verträge Schiffe über 0,2; 15 Verträge landwirtschaftliche Maschinen über 0,1; 7 Verträge elektrisches Material über 0,1 Millionen RM. — Der Rest besteht aus sonstigen Lieferungen, darunter 134000 Schiefer-Schreibtafeln. Vom dem Gesamtwert der für den Monat Dezember genehmigten Verträge entfallen auf Verträge Kriegsgeldschädiger nur 1,9 Millionen RM. Ferner verdient hervorgehoben zu werden, daß im Berichtsmontat verhältnismäßig große Bestellungen von Fertigmateriale erfolgt sind.

Der Wert der für Belgien im Monat Dezember genehmigten 202 Verträge stellt sich auf 3,9 Millionen RM. Insgesamt hat Belgien außer an Rohle und Farbstoffen seit Inkrafttreten des Dawesplanes an Reparationslieferungen Verträge über 129,8 Millionen RM. abgeschlossen. Die belgischen Dezember-Verträge teilen sich auf folgende Warengruppen: 45 Verträge über chemische Produkte und Stickstoffprodukte im Werte von 1,5 Millionen RM.; 8 Verträge über Rohle-Rohmaterialien im Werte von 0,4; 35 Verträge über Textil- und sonstige Maschinen im Werte von 0,4; 28 Verträge über Eisen einschl. Blech und Draht im Wert von 0,4; 27 Verträge über Fertig- und Papier im Werte von 0,4; 17 Verträge über Fertig- und Halbfabrikate der Metallindustrie im Werte von 0,4 und 8 Verträge über elektrisches Material im Werte von 0,3 Millionen RM. — Der Rest betrifft verschiedenes.

Tod eines Nobelpreisträgers.

Kopenhagen. (Zustpruch.) Der Krebsforscher Professor Johann Fibiger, der im Jahre 1927 den Nobelpreis für Medizin erhielt, ist im Alter von 60 Jahren nach einer Magenoperation gestorben.